

BGB Allgemeiner Teil

Köhler

49., neu bearbeitete Auflage 2025
ISBN 978-3-406-82794-5
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Kurzlehrbücher
für das juristische Studium

Köhler
BGB Allgemeiner Teil


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

BGB

Allgemeiner Teil

Ein Studienbuch

von

Dr. Helmut Köhler

em. o. Professor an der Universität München
Richter am OLG München a. D.

49., neu bearbeitete Auflage, 2025
des von Heinrich Lange begründeten Werkes

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitiervorschlag: Köhler BGB AT § 1 Rn. 1

beck.de **beck-shop.de**
DIE FACHBUCHHANDLUNG

ISBN Print 978 3 406 82794 5

ISBN E-Book (ePDF) 978 3 406 82795 2

© 2025 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@beck.de

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH
Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau

Umschlag: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar



chbeck.de/nachhaltig
produksicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Für die Neuauflage wurde das Buch auf den derzeitigen Stand der Rechtsentwicklung in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Schrifttum gebracht. Darüber hinaus wird Barrierefreiheitsstärkungsgesetz (BFSG) in der elektronischen Ausgabe des Lehrbuchs berücksichtigt. Anregungen und Kritik sind stets willkommen (H.Koehler@jura.uni-muenchen.de).

München, im Juli 2025

Helmut Köhler


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXVII
Schrifttum zum Allgemeinen Teil des BGB	XXIX

1. Kapitel. Einführung in das Privatrecht

§ 1. Recht und Rechtsquellen	1
A. Das Recht	1
I. Die Struktur des Rechts	1
II. Die Aufgabe des Rechts	1
B. Die Rechtsquellen	2
I. Rechtsprinzip und Rechtssatz	2
II. Gesetztes Recht und Gewohnheitsrecht	2
1. Gesetztes Recht	2
2. Gewohnheitsrecht	3
a) Entstehung und Begriff des Gewohnheitsrechts	3
b) Gleichberechtigung von Gewohnheitsrecht und Gesetzesrecht	3
c) Außerkrafttreten des Gewohnheitsrechts	3
III. Richterrecht und Verkehrssitte	4
1. Richterrecht	4
2. Verkehrssitte	4
§ 2. Privatrecht und öffentliches Recht	5
A. Die Abgrenzung und ihre Bedeutung	5
B. Die Einteilung des Privatrechts und des öffentlichen Rechts	6
I. Die Gebiete des Privatrechts	6
II. Die Gebiete des öffentlichen Rechts	7
C. Das Zusammenwirken von Privatrecht und öffentlichem Recht	8
§ 3. Das bürgerliche Recht	9
A. Das Bürgerliche Gesetzbuch als Grundlage des bürgerlichen Rechts	9
I. Die Entstehung des BGB	9
II. Die geistigen, politischen und wirtschaftlichen Grundlagen des BGB	10
III. Aufbau und Inhalt des BGB	12
IV. Sprache und Regelungstechnik des BGB	12
V. Inhaltliche Einteilung der Normen des BGB	14
1. Strenges und billiges Recht	14
2. Zwingendes und dispositives Recht; Auslegungsregeln	15
B. Die Fortentwicklung des bürgerlichen Rechts	16
I. Das Kaiserreich	16
II. Die Weimarer Republik	17
III. Die nationalsozialistische Herrschaft	17
IV. Die Besatzungszeit	18
V. Die Entwicklung in der ehemaligen DDR	18
VI. Die Entwicklung in der Bundesrepublik	19

1. Die Bedeutung des Grundgesetzes	19
2. Die Rechtsentwicklung auf einzelnen Gebieten	19
VII. Der Einfluss des Unionsrechts auf das Bürgerliche Recht	20
1. Die Rechtsangleichung als Ziel der Union	20
2. Die Mittel der Rechtsangleichung	20
a) Die Verordnung	20
b) Die Richtlinie	20
3. Der Einfluss der Richtlinien auf das Bürgerliche Recht	21
4. Die richtlinienkonforme Auslegung	21
5. Fehlerhafte Umsetzung einer Richtlinie	22
6. Der Einfluss des AEUV auf das Bürgerliche Recht	22
7. Künftiges Europäisches Zivilgesetzbuch	22
C. Der Geltungsbereich des Bürgerlichen Gesetzbuchs	23
I. Der sachliche Geltungsbereich	23
II. Der zeitliche Geltungsbereich	23
III. Der räumliche Geltungsbereich	23
§ 4. Anwendung, Auslegung und Fortbildung des Privatrechts	25
A. Die Rechtsanwendung im Allgemeinen	25
I. Ermittlung eines für den Lebenssachverhalt in Betracht kommenden Rechtssatzes	25
II. Prüfung, ob der Lebenssachverhalt den Tatbestand der Rechtsnorm erfüllt (Subsumtion)	25
III. Feststellung der sich daraus ergebenden Rechtsfolge	25
B. Die Rechtsanwendung im Prozess	25
I. Die Stellung des Richters	25
II. Die Aufgabe des Richters im Prozess	26
1. Die Klageerhebung	26
2. Die mündliche Verhandlung	26
3. Die Beweisaufnahme	26
4. Das Urteil	27
C. Die Gesetzesauslegung	27
I. Die Notwendigkeit der Gesetzesauslegung	27
II. Das Ziel der Gesetzesauslegung	27
III. Die Methoden der Gesetzesauslegung	27
1. Die sprachlich-grammatische Auslegung	28
2. Die systematische Auslegung	28
3. Die historische Auslegung	28
4. Die teleologische Auslegung	29
5. Exkurs: Die ökonomische Analyse des Rechts	29
IV. Die Berücksichtigung übergeordneter Rechtsnormen bei der Auslegung	30
D. Die Rechtsfortbildung	30
I. Ausfüllung von Gesetzeslücken	30
1. Analogie	30
2. Teleologische Reduktion	31
II. Gesetzesübersteigende Rechtsfortbildung	31

2. Kapitel. Die Rechtsgeschäftslehre

§ 5. Grundlagen und Grundbegriffe der Rechtsgeschäftslehre 33

A. Der Grundsatz der Privatautonomie 33

 I. Die Bedeutung der Privatautonomie 33

 II. Die Schranken der Privatautonomie 34

 1. Schranken der Abschlussfreiheit 34

 a) Zum Schutze des Handelnden 34

 b) Zum Schutze Dritter 35

 2. Schranken der Inhaltsfreiheit 35

 a) Zum Schutze des Vertragspartners 35

 b) Zum Schutze Dritter und der Allgemeinheit 35

 3. Schranken der Formfreiheit 35

 4. Schutz vor Diskriminierung 35

B. Die Lehre vom Rechtsgeschäft und von der Vertrauenshaftung 35

C. Die Grundbegriffe der Rechtsgeschäftslehre 37

 I. Begriff und Bedeutung des Rechtsgeschäfts 37

 II. Tatbestand und Wirksamkeit des Rechtsgeschäfts 37

 III. Geschäftsähnliche Handlung und Realakt 38

 1. Geschäftsähnliche Handlung 38

 2. Realakt 38

 3. Zweifelsfragen 39

D. Die Einteilung der Rechtsgeschäfte 39

 I. Einseitige und mehrseitige Rechtsgeschäfte 39

 II. Rechtsgeschäfte unter Lebenden und von Todes wegen 39

 III. Vermögensrechtliche und personenrechtliche Rechtsgeschäfte 40

 IV. Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäfte 40

 1. Begriff, Bedeutung und Unterschiede 40

 2. Das Trennungs- und Abstraktionsprinzip 42

 3. Die Folgen des Abstraktionsprinzips bei Unwirksamkeit nur des
Verpflichtungsgeschäfts („Leistungskondiktion“) 43

 4. Die Folgen des Abstraktionsprinzips bei Unwirksamkeit nur des
Verfügungsgeschäfts 44

 V. Treuhandgeschäfte 44

 VI. Verbraucherverträge 45

 1. Die Begriffe des „Verbrauchers“ und des „Unternehmers“ 45

 a) „Verbraucher“ 45

 b) „Unternehmer“ 46

 2. Einzelne Verbrauchervertragsregelungen 47

 3. Durchsetzung der Verbraucherschutzregelungen 47

§ 6. Die Willenserklärung 48

A. Begriff und Arten der Willenserklärung 48

 I. Der Begriff der Willenserklärung 48

 1. Der objektive Tatbestand 48

 2. Der subjektive Tatbestand 50

 II. Die Arten der Willenserklärung 51

 1. Ausdrückliche und konkludente Willenserklärung 51

2. Schweigen als Willenserklärung	52
a) Schweigen als Erklärungshandlung	52
b) Schweigen mit Erklärungswirkung	52
3. Automatisierte Willenserklärungen	53
4. Online abgegebene Willenserklärungen	53
B. Das Wirksamwerden der Willenserklärung	53
I. Grundsatz	53
II. Empfangsbedürftige und nichtempfangsbedürftige Willenserklärungen	53
III. Die Abgabe der Willenserklärung	54
IV. Der Zugang der Willenserklärung	56
1. Der Begriff des Zugangs	56
2. Einzelfragen	58
a) Zustellung durch die Post	58
b) Einschaltung einer Mittelsperson	59
c) Einschaltung von elektronischen Kommunikationssystemen	60
d) Erklärungen unter Anwesenden	61
e) Formbedürftige Willenserklärungen	61
f) Beweis des Zugangs	62
g) Abweichende Regelungen	62
3. Der Widerruf der Erklärung	62
4. Tod und Geschäftsunfähigkeit des Erklärenden (§ 130 Abs. 2 BGB)	62
5. Geschäftsunfähigkeit und beschränkte Geschäftsfähigkeit des Empfängers (§ 131 BGB)	63
6. Zustellung als Zugangsersatz	64
7. Zugangshindernisse, insbes. Vereitelung oder Verzögerung des Zugangs	65
§ 7. Die Willensmängel	66
A. Überblick	66
B. Fehlen des Handlungswillens, des Erklärungsbewusstseins und des Geschäftswillens	67
I. Fehlen des Handlungswillens	67
II. Fehlen des Erklärungsbewusstseins	68
III. Fehlen des Geschäftswillens	69
C. Geheimer Vorbehalt, Scheingeschäft und nichternstliche Erklärung	70
I. Der geheime Vorbehalt (§ 116 BGB)	70
II. Das Scheingeschäft (§ 117 BGB)	71
1. Begriff und Bedeutung des Scheingeschäfts	71
2. Abgrenzung	71
3. Der Schutz Dritter beim Scheingeschäft	72
4. Das verdeckte Geschäft	72
III. Die nichternstliche Erklärung (§ 118 BGB)	72
1. Begriff und Bedeutung	72
2. Abgrenzung	73
D. Der Irrtum	73
I. Allgemeines	73
II. Die einzelnen Irrtumstatbestände	74

1. Der Erklärungsirrtum (§ 119 Abs. 1 Alt. 2 BGB)	74
2. Der Inhaltsirrtum (§ 119 Abs. 1 Alt. 1 BGB)	75
3. Der Eigenschaftsirrtum (§ 119 Abs. 2 BGB)	75
4. Der Übermittlungsirrtum (§ 120 BGB)	77
III. Abgrenzungsfragen	78
1. Das Unterschreiben einer ungelesenen Urkunde	78
2. Der Irrtum über die Rechtsfolgen	79
3. Der Kalkulationsirrtum und der beiderseitige Motivirrtum	80
4. Die automatisierte Willenserklärung	81
5. Die abredewidrige Blankettausfüllung	82
IV. Einschränkungen der Anfechtbarkeit	83
1. Die subjektive und objektive Erheblichkeit des Irrtums	83
2. Die Anfechtungsfrist (§ 121 Abs. 1 S. 1 BGB)	83
3. Sonstige Einschränkungen	84
a) Einverständnis des Gegners mit wirklich gewolltem Geschäftsinhalt	84
b) Vorrang der geschäftstypischen Risikoverteilung	84
c) Vorrang der Mängelhaftung vor der Anfechtung nach § 119 Abs. 2 BGB?	84
d) Einschränkung der Anfechtung bei Arbeits- und Gesellschaftsverträgen	85
e) Ausschluss der Anfechtung durch Vereinbarung	85
V. Die Anfechtung und ihre Folgen	85
E. Die arglistige Täuschung und widerrechtliche Drohung	86
I. Allgemeines	86
II. Die arglistige Täuschung	86
1. Täuschung	86
2. Kausalität zwischen Täuschung und Willenserklärung	88
3. Arglist	88
4. Person des Täuschenden	89
5. Beweislast	90
III. Die widerrechtliche Drohung	90
1. Drohung	90
2. Kausalität zwischen Drohung und Erklärung	92
3. Widerrechtlichkeit der Handlung	92
a) Widerrechtlichkeit des Mittels	92
b) Widerrechtlichkeit des Zwecks	92
c) Inadäquanz von Mittel und Zweck	92
IV. Rechtsfolgen der Willensbeeinflussung durch arglistige Täuschung und widerrechtliche Drohung	93
1. Anfechtbarkeit und Anfechtung	93
2. Einschränkungen der Anfechtbarkeit	94
3. Die Anfechtungsfristen	94
4. Konkurrenzfragen	94
a) Das Verhältnis zu Nichtigkeits- und sonstigen Anfechtungsgründen	94
b) Das Verhältnis zu Leistungsstörungenregeln	95
c) Das Verhältnis zu Schadensersatzansprüchen	95

F. Allgemeine Regelungen zur Anfechtung	96
I. Begriff der Anfechtbarkeit und der Anfechtung	96
1. Begriff der Anfechtbarkeit	96
2. Gegenstand der Anfechtung	97
3. Abgrenzung	97
II. Voraussetzungen der Anfechtung	97
1. Zulässigkeit der Anfechtung	97
2. Anfechtungsgründe	98
3. Anfechtungsfristen	98
III. Anfechtungsrecht, Anfechtungserklärung, Anfechtungsgegner	99
1. Das Anfechtungsrecht	99
2. Die Anfechtungserklärung	99
3. Der Anfechtungsgegner	100
IV. Die Wirkungen der Anfechtung	100
1. Rückwirkung	100
2. Folgen des Kennens und Kennenmüssens der Anfechtbarkeit	101
3. Wirkung gegenüber Dritten	102
V. Bestätigung des anfechtbaren Rechtsgeschäfts (§ 144 BGB)	102
§ 8. Der Vertrag	103
A. Allgemeines	103
I. Funktion, Begriff und Arten des Vertrages	103
II. Das Zustandekommen des Vertrages	104
III. Vertragsverhandlungen und Vertragsverhältnis	104
B. Das Angebot	105
I. Die Voraussetzungen des Angebots	105
1. Die Bestimmtheit des Angebots	106
2. Die Verbindlichkeit des Angebots	106
II. Rechtsfolgen des Angebots	108
1. Bindung an das Angebot	108
2. Die Rechtsposition des Angebotsempfängers	109
3. Das Erlöschen des Angebots	109
C. Die Annahme	111
I. Begriff und Bedeutung der Annahme	111
II. Erklärung der Annahme	112
III. Annahme durch „sozialtypisches Verhalten“	114
IV. „Auftragsbestätigung“ und „kaufmännisches Bestätigungsschreiben“	114
1. Abgrenzung	114
2. Bedeutung des Schweigens auf ein Bestätigungsschreiben	115
3. Voraussetzungen des Vertrauensschutzes	116
4. Grenzen des Vertrauensschutzes	116
5. Unkenntnis und Willensmängel beim Empfänger	116
D. Sonderregelungen für den Widerruf einer Vertragserklärung	117
I. Die verbraucherschützenden Widerrufsrechte	117
II. Widerrufserklärung, Widerrufsfrist und Widerrufsbelehrung	118
1. Widerrufserklärung	118
2. Widerrufsfrist und Widerrufsbelehrung	118
III. Rechtsnatur und Rechtsfolgen des Widerrufs	118

E. Der Einigungsmangel (Dissens)	119
I. Die Einigung als Wesensmerkmal des Vertrages	119
II. Der offene Dissens	119
III. Der versteckte Dissens	120
F. Vertragsfreiheit und Kontrahierungszwang	121
G. Vorvertrag und Optionsvertrag	123
I. Der Vorvertrag	123
II. Der Optionsvertrag	124
III. Exkurs: Die Festofferte	125
H. Der Vertragsschluss im Internet	125
I. Einführung	125
II. Das Zustandekommen des Vertrages im Internet	125
1. Angebot	126
2. Annahme	126
3. Einbeziehung Allgemeiner Geschäftsbedingungen	127
III. Wirksamkeit von Willenserklärungen	127
1. Abgabe und Zugang	127
2. Willensmängel	127
3. Form	128
4. Bestellung über Schaltfläche („Button“)	128
§ 9. Die Auslegung des Rechtsgeschäfts	129
A. Begriff und Bedeutung der Rechtsgeschäftsauslegung	130
B. Auslegungsgegenstand und Auslegungsmittel	130
C. Auslegungsziele	131
I. Die möglichen Auslegungsziele und die Bedeutung der Interessenlage	131
II. Die Auslegung von Testamenten	131
III. Die Auslegung von empfangsbedürftigen Willenserklärungen	131
IV. Die Auslegung von Erklärungen an die Allgemeinheit	133
D. Einzelne allgemeine Auslegungsgrundsätze	133
I. Das Verbot der Buchstabenauslegung	133
II. Das Gebot der Berücksichtigung von Treu und Glauben und der Verkehrssitte (§ 157 BGB)	134
III. Der Vorrang des übereinstimmend Gewollten	135
IV. Die Auslegung formbedürftiger Erklärungen	135
E. Die ergänzende Vertragsauslegung	136
I. Vorrang der Vertragsergänzung durch dispositives Recht	136
II. Anwendungsbereich und Funktion der ergänzenden Vertragsauslegung	137
1. Voraussetzungen	137
2. Durchführung	137
III. Ergänzende Vertragsauslegung und Störung der Geschäftsgrundlage	138
§ 10. Die Geschäftsfähigkeit	139
A. Geschäftsfähigkeit, Geschäftsunfähigkeit, beschränkte Geschäftsfähigkeit	139
I. Die Geschäftsfähigkeit	139
II. Die Geschäftsunfähigkeit	139
III. Die beschränkte Geschäftsfähigkeit	140
B. Die Rechtsfolgen der Geschäftsunfähigkeit	140

C. Die Rechtsfolgen der beschränkten Geschäftsfähigkeit	142
I. Die Abgrenzung von zustimmungsfreien und zustimmungsbedürftigen Rechtsgeschäften	142
1. Verpflichtungsgeschäfte	143
2. Verfügungsgeschäfte	144
3. Annahme einer Leistung als Erfüllung	146
4. Ausübung von Gestaltungsrechten und Ablehnung von Angeboten	146
5. Rechtlich neutrale Geschäfte	147
II. Die Einwilligung	148
1. Begriff der Einwilligung	148
2. Arten der Einwilligung	148
a) Die Einzeleinwilligung	149
b) Die Generaleinwilligung	149
c) Die Einwilligung durch Überlassung von Mitteln („Taschengeldparagraf“, § 110 BGB)	149
III. Die Rechtsfolgen fehlender Einwilligung	151
1. Einseitige Rechtsgeschäfte	151
2. Verträge	151
IV. Die Handels- und Arbeitsmündigkeit	152
1. Die Handelsmündigkeit	153
2. Die Arbeitsmündigkeit	153
V. Die datenschutzrechtliche Einwilligung durch Minderjährige	153
D. Vormundschaft, Pflegschaft für Minderjährige, rechtliche Betreuung	154
I. Vormundschaft	154
II. Pflegschaft für Minderjährige	154
III. Rechtliche Betreuung	154
§ 11. Die Vertretung	155
A. Allgemeines	156
I. Begriff und Funktion der Vertretung	156
1. Gesetzliche Vertretung	156
2. Gewillkürte Vertretung	157
II. Voraussetzungen und Folgen der Vertretung	157
III. Zulässigkeit der Vertretung	158
IV. Anwendungsbereich der Vertretung	158
V. Abgrenzung	158
1. Bote	158
2. Abschlussvermittler	158
3. Verhandlungsgehilfe	158
4. Mittelbarer (Stell-)Vertreter	158
5. Treuhänder	159
6. Gesetzliche Vermögensverwalter	159
7. Wissensvertreter	159
B. Das Handeln in fremdem Namen	159
I. Abgabe einer eigenen Willenserklärung (Abgrenzung zum Boten)	159
II. Auftreten in fremdem Namen (Offenkundigkeitsprinzip)	160
III. Das „verdeckte Geschäft für den, den es angeht“	161
IV. Die „mittelbare Stellvertretung“	162

V. Das „Handeln unter fremdem Namen“	162
C. Die Vollmacht	163
I. Begriff und Erteilung der Vollmacht	163
II. Vollmacht und Innenverhältnis	164
III. Form der Vollmacht und Vertretergeschäft	164
IV. Vollmacht und Willensmängel	165
V. Erlöschen der Vollmacht	166
1. Erledigung der Vollmacht	167
2. Erlöschen nach Maßgabe des Innenverhältnisses	167
3. Verzicht auf die Vollmacht	168
4. Widerruf der Vollmacht	168
5. Tod und Geschäftsunfähigkeit des Vollmachtgebers	168
6. Tod und Geschäftsunfähigkeit des Bevollmächtigten	169
D. Die Vollmacht kraft Rechtsscheins, insbesondere die Duldungs- und Anscheinsvollmacht	169
I. Gesetzlich geregelte Fälle der Rechtsscheinvollmacht	169
1. Rechtsschein des Fortbestands einer Außenvollmacht	170
2. Rechtsschein durch Kundgabe der Bevollmächtigung	170
3. Aushändigung einer Vollmachtsurkunde	170
4. Sonstige Fälle	171
II. Duldungs- und Anscheinsvollmacht	171
1. Duldungsvollmacht	172
2. Anscheinsvollmacht	173
III. Weitere Voraussetzungen der Rechtsscheinvollmacht	174
E. Das Vertretergeschäft	175
I. Auslegung	175
II. Willensmängel	176
III. Kennen und Kennenmüssen von Umständen	177
IV. Erweiterte Wissenszurechnung	178
1. Wissenszurechnung bei Vertretern einer juristischen Person	178
2. Wissenszurechnung bei „Wissensvertretern“	178
3. Wissenszurechnung innerhalb einer arbeitsteiligen Organisation ..	178
F. Umfang und Grenzen der Vertretungsmacht	179
I. Der Umfang der Vertretungsmacht	179
1. Gesetzliche Vertretungsmacht	179
2. Organschaftliche Vertretungsmacht	180
3. Vollmacht	180
a) Allgemeines	180
b) Untervollmacht	181
c) Spezial-, Gattungs- und Generalvollmacht	181
d) Transmortale und postmortale Vollmacht	182
e) Verdrängende Vollmacht?	182
II. Einzel- und Gesamtvertretung	182
III. Der Missbrauch der Vertretungsmacht und die Kollusion	182
IV. Das Insichgeschäft	184
G. Handeln ohne Vertretungsmacht	185
I. Die Folgen für das Vertretergeschäft	185
1. Verträge	185

2. Einseitige Rechtsgeschäfte	186
II. Die Haftung des Vertreters (§ 179 BGB)	187
1. Die Haftung bei Kenntnis von der fehlenden Vertretungsmacht (§ 179 Abs. 1 BGB)	187
2. Die Haftung bei Unkenntnis von der fehlenden Vertretungsmacht (§ 179 Abs. 2 BGB)	188
3. Ausschluss der Haftung (§ 179 Abs. 3 BGB)	188
4. Fragen der Beweislast und des Wahlrechts des Gegners bei der Rechtsscheinvollmacht	189
5. Einzelfragen	189
III. Das Verhältnis zwischen Vertreter und Vertretenem	190
IV. Das Verhältnis zwischen Vertretenem und Drittem	190
§ 12. Die Form des Rechtsgeschäfts	191
A. Die Formfreiheit als Grundsatz	191
B. Gesetzliche und gewillkürte Form	191
C. Die Formzwecke	192
D. Die Arten der Form	193
I. Die schriftliche Form (§§ 126, 127 BGB)	193
II. Die elektronische Form (§ 126a BGB, § 127 Abs. 1, 3 BGB)	195
III. Die Textform (§§ 126b, 127 Abs. 1 BGB)	196
IV. Die telekommunikative Übermittlung (§ 127 Abs. 2 BGB)	197
V. Die öffentliche Beglaubigung (§ 129 BGB)	197
VI. Die notarielle Beurkundung (§§ 127a, 128 BGB)	198
E. Die Nichteinhaltung gesetzlicher Formvorschriften	199
I. Nichtigkeit als Folge des Formverstößes	199
II. Heilung des Formmangels	199
III. Unbeachtlichkeit der Formverletzung aus Billigkeitsgründen?	199
1. Das Problem: Rechtssicherheit contra Billigkeit	199
2. Die Rechtslage bei Verpflichtungsgeschäften	200
3. Die Rechtslage bei sonstigen Rechtsgeschäften	201
F. Nichteinhaltung der gewillkürten Form	201
§ 13. Der Inhalt des Rechtsgeschäfts	202
A. Allgemeines	202
I. Einschränkungen der rechtsgeschäftlichen Gestaltungsmacht	202
1. Der rechtsgeschäftliche Typenzwang	202
2. Die Unzulässigkeit rechtsgeschäftlicher Veräußerungsverbote (§ 137 S. 1 BGB)	203
II. Einschränkungen der inhaltlichen Gestaltungsfreiheit	204
1. Einschränkungen durch zwingende Rechtsnormen	204
2. Einschränkungen durch das Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen	204
3. Einschränkungen durch die Generalklauseln	205
4. Das Problem der Vertragsgerechtigkeit	205
B. Der Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot (§ 134 BGB)	205
I. Allgemeines	205
II. Vorliegen eines Verbotsgesetzes	206

III. Rechtsfolgen	207
1. Das Verpflichtungsgeschäft	207
2. Das Erfüllungsgeschäft	207
3. Die Rückabwicklung	208
4. Schadensersatzansprüche	208
IV. Die Gesetzesumgehung	208
C. Der Verstoß gegen die guten Sitten (§ 138 BGB)	209
I. Der Begriff der „guten Sitten“	209
1. Die gesellschaftlichen Wertvorstellungen	209
2. Die rechtlichen Wertungen	209
3. Der Beurteilungszeitpunkt	210
II. Die Feststellung der Sittenwidrigkeit	210
III. Fallgruppen	211
1. Machtmissbrauch	211
2. Gefährdung Dritter oder der Allgemeinheit	212
3. Knebelungsverträge	212
4. Wettbewerbsverbote	212
5. Verstöße gegen die Sexualmoral	213
6. Wucherähnliches Geschäft	213
IV. Die Rechtsfolgen der Sittenwidrigkeit	214
1. Allgemeines	214
2. Nichtigkeit des Erfüllungsgeschäfts	215
3. Rückabwicklung	215
4. Verhältnis zur AGB-Kontrolle	216
5. Ersatzansprüche des Benachteiligten	216
D. Das Wuchergeschäft (§ 138 Abs. 2 BGB)	216
I. Der Tatbestand des Wuchergeschäfts	216
1. Objektive Voraussetzungen	216
2. Subjektive Voraussetzungen	217
II. Die Rechtsfolgen	218
1. Das Verpflichtungsgeschäft	218
2. Das Erfüllungsgeschäft	218
3. Die Rückabwicklung	218
§ 14. Zustimmung, Bedingung und Befristung	219
A. Die Zustimmung	219
I. Begriff und Bedeutung der Zustimmung	219
II. Einzelheiten zur Zustimmung	220
III. Die Verfügung eines Nichtberechtigten	221
IV. Die „Ermächtigung“	223
1. Verfügungsermächtigung	223
2. Ausübungs-, insbesondere Einziehungsermächtigung	223
3. Verpflichtungsermächtigung?	223
B. Die Bedingung	224
I. Begriff und Bedeutung der Bedingung	224
1. Allgemeines	224
2. Arten der Bedingung	225
II. Die Zulässigkeit der Bedingung	226

III. Die Wirksamkeit der Bedingung	226
IV. Die Wirkungen der Bedingung	227
1. Der Eintritt der Bedingung	227
2. Der Ausfall der Bedingung	228
3. Der Schwebezustand	228
C. Die Befristung	229
D. Exkurs: Die Berechnung von Fristen und Terminen	230
§ 15. Das unwirksame Rechtsgeschäft	230
A. Die Nichtigkeit	231
I. Begriff und Bedeutung der Nichtigkeit	231
II. Die Teilnichtigkeit (§ 139 BGB)	231
1. Allgemeines	231
2. Teilbarkeit des Rechtsgeschäfts	232
3. Rechtsfolgen	233
4. Vorrang des abweichenden Parteiwillens	233
III. Die Umdeutung (§ 140 BGB)	234
1. Allgemeines	234
2. Vorrang der Auslegung	234
3. Voraussetzungen der Umdeutung	235
4. Rechtsfolgen	236
5. Ausschluss der Umdeutung	236
IV. Die Bestätigung des nichtigen Rechtsgeschäfts (§ 141 BGB)	236
1. Allgemeines	236
2. Voraussetzungen	236
3. Rechtsfolgen	237
B. Die schwebende Unwirksamkeit	237
C. Die relative Unwirksamkeit	238
D. Nichtigkeit und Gestaltungsrechte	239
§ 16. Die Verwendung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	239
A. Allgemeines	239
B. Der Begriff der „Allgemeinen Geschäftsbedingungen“	240
I. Die gesetzliche Definition (§ 305 Abs. 1 S. 1 BGB)	240
1. Vertragsbedingungen	241
2. Vorformulierung	241
3. Vielzahl von Verträgen	241
4. Stellen der Vertragsbedingungen	242
II. Abgrenzung zur Individualabrede (§ 305 Abs. 1 S. 3 BGB)	242
C. Sonderregelung für Verbraucherverträge	243
I. Begriff des „Verbrauchervertrags“	243
II. Kontrolle von „Drittbedingungen“ (§ 310 Abs. 3 Nr. 1 BGB)	243
III. Kontrolle von „Einmalbedingungen“ (§ 310 Abs. 3 Nr. 2 BGB)	244
IV. Erweiterte Inhaltskontrolle (§ 310 Abs. 3 Nr. 3 BGB)	244
D. Die Einbeziehung von AGB in den Vertrag	244
I. Die Einbeziehungsvereinbarung	244
1. Ausdrücklicher Hinweis auf die AGB bei Vertragsschluss	244
2. Verschaffung der Möglichkeit der Kenntnisnahme	245

3. Einverständnis des Gegners	245
II. Exkurs: Kollidierende AGB	245
E. Überraschende Klauseln	246
F. Die Auslegung von AGB	247
I. Der Grundsatz der objektiven Auslegung	247
II. Der Vorrang der Individualabrede (§ 305b BGB)	247
III. Die Unklarheitenregel (§ 305c Abs. 2 BGB)	248
G. Die Inhaltskontrolle von AGB und das Umgehungsverbot	249
I. Die Inhaltskontrolle von AGB	249
II. Das Umgehungsverbot	250
H. Rechtsfolgen bei Nichteinbeziehung und Unwirksamkeit von AGB	250

3. Kapitel. Das subjektive Recht

§ 17. Rechtsverhältnis und subjektives Recht	253
A. Das Rechtsverhältnis	253
I. Begriff	253
II. Inhalt	253
III. Entstehen, Änderung und Ende	253
B. Das subjektive Recht	254
I. Begriff und Bedeutung	254
II. Arten	254
1. Absolute Rechte	254
2. Relative Rechte	255
3. Sonstige Arten	257
III. Erwerb und Verlust	258
1. Erwerb	258
2. Verlust	259
IV. Die Rechtsausübung	259
V. Grenzen der Rechtsausübung	260
1. Schikane	260
2. Sittenwidrige Rechtsausübung	260
3. Treuwidrige Rechtsausübung	261
C. Pflichten und Obliegenheiten	262
I. Pflichten	262
II. Obliegenheiten	262
§ 18. Anspruch, Einwendung und Einrede	262
A. Anspruch	263
I. Begriff und Bedeutung des Anspruchs	263
II. Arten des Anspruchs	263
III. Anspruchsgrundlage	263
IV. Allgemeine Regeln	263
V. Mehrheit von Ansprüchen und Anspruchsgrundlagen	264
B. Einwendungen und Einreden	264
I. Einwendungen	264
II. Einreden	264
III. Berücksichtigung von Einwendung und Einrede im Prozess	265

1. Bestreiten der Klageratsache („Klageleugnen“)	265
2. Vorbringen von Verteidigungstatsachen („Einreden im prozessrechtlichen Sinn“)	265
C. Die Einrede der Verjährung	266
I. Begriff und Zweck der Verjährung	266
II. Anwendungsbereich der Verjährung	266
III. Verjährungsfristen	266
1. Grundsatz	266
2. Spezialregelungen	267
IV. Beginn der Verjährung	267
1. Beginn der regelmäßigen Verjährungsfrist	267
2. Beginn der Verjährungsfrist von Ansprüchen, die nicht der regelmäßigen Verjährungsfrist unterliegen	268
V. Verjährungshindernisse	268
VI. Wirkungen der Verjährung	270
1. Entstehen eines Leistungsverweigerungsrechts	270
2. Keine Rückforderung des Geleisteten	270
3. Fortbestand dinglicher Sicherheiten	270
VII. Regelung der Verjährung durch Rechtsgeschäft	270
1. Grundsatz der Vertragsfreiheit	270
2. Erschwerung der Verjährung	271
3. Erleichterung der Verjährung	271
4. Verzicht auf die Einrede der Verjährung	271
§ 19. Rechtsdurchsetzung und Rechtsschutz	271
A. Der staatliche Rechtsschutz	271
I. Erkenntnisverfahren	272
II. Vollstreckungsverfahren	272
III. Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes	272
B. Selbstverteidigung (Notwehr, Notstand) und Selbsthilfe	272
I. Überblick	272
II. Notwehr	273
1. Begriff und Voraussetzungen	273
2. Rechtsfolge	274
III. Notstand	274
1. Begriff und Arten des Notstands	274
2. Verteidigungsnotstand (§ 228 BGB)	274
3. Angriffsnotstand	275
IV. Selbsthilfe (§§ 229–231 BGB)	276
1. Begriff der Selbsthilfe	276
2. Voraussetzungen der Selbsthilfe	276
3. Mittel der Selbsthilfe	276
4. Grenzen der Selbsthilfe	276
5. Rechtsfolge	277

4. Kapitel. Die Rechtssubjekte

§ 20. Die natürlichen Personen	278
A. Der Mensch als Rechtssubjekt	278
B. Die Rechtsfähigkeit des Menschen	278
I. Begriff und Bedeutung der Rechtsfähigkeit	278
II. Beginn der Rechtsfähigkeit	278
III. Ende der Rechtsfähigkeit	279
IV. Beweisfragen und Todeserklärung	279
V. Rechtsfähigkeit und Handlungsfähigkeit	279
VI. Rechtsfähigkeit und Parteifähigkeit	280
C. Der Wohnsitz	280
I. Begriff und Bedeutung	280
II. Gewählter und gesetzlicher Wohnsitz	281
D. Name und Namensschutz	281
I. Begriff und Arten des Namens	281
II. Das Namensrecht	282
III. Der Schutz des Namens	282
1. Namensbestreitung	282
2. Namensanmaßung	282
3. Verletzungsfolgen	284
IV. Die Ausdehnung des Namensschutzes	284
E. Der allgemeine Persönlichkeitsschutz	284
§ 21. Juristische Personen	285
A. Allgemeines	285
I. Begriff und Bedeutung	285
II. Arten und Entstehung der juristischen Person	286
1. Juristische Personen des Privatrechts	286
2. Juristische Personen des öffentlichen Rechts	287
III. Die Relativierung der juristischen Person	287
1. Verein und Gesellschaft als Organisationsmodelle	287
2. Die „rechtsfähige Personengesellschaft“	287
B. Der rechtsfähige Verein	288
I. Entstehung	288
1. Gründungsvertrag	288
2. Erlangung der Rechtsfähigkeit	288
3. Vorverein	289
II. Mitgliedschaft	289
1. Begründung und Beendigung	289
2. Inhalt	290
3. Vereinsstrafen	290
III. Organisation und Willensbildung	291
1. Die Vereinsverfassung	291
2. Die Organe des Vereins	292
a) Der Vorstand	292
b) Die Mitgliederversammlung	293
IV. Vertretung und Haftung	294

1. Vertretung bei Rechtsgeschäften	294
2. Haftung des Vereins	294
a) Die Organ- und Repräsentantenhaftung (§ 31 BGB)	295
b) Gehilfenhaftung	296
c) Haftung für Organisationsmängel	297
d) Haftung der Vereinsmitglieder?	297
V. Haftung von Vorstandsmitgliedern	298
VI. Erlöschen, Auflösung und Verlust der Rechtsfähigkeit des Vereins	298
1. Erlöschen und Auflösung	298
2. Verlust der Rechtsfähigkeit	298
3. Liquidation	298
C. Vereine ohne Rechtspersönlichkeit	299
I. Rechtsentwicklung	299
II. Teilnahme am Rechtsverkehr	299
III. Rechtsverfolgung durch und gegen den Verein	300
IV. Haftung	300
1. Haftung der Vereinsmitglieder	300
2. Die Haftung des Handelnden (§ 54 Abs. 2 BGB)	300
D. Die Stiftung	301
I. Begriff und Bedeutung	301
II. Entstehen, Verfassung und Erlöschen der Stiftung	301
1. Entstehen der Stiftung	301
2. Verfassung der Stiftung	302
3. Erlöschen der Stiftung	302
5. Kapitel. Die Rechtsobjekte	
§ 22. Rechtsobjekt, Vermögen und Unternehmen	
A. Die Rechtsobjekte	303
I. Begriff und Bedeutung	303
II. Abgrenzung	303
B. Das Vermögen	304
I. Begriff	304
II. Bedeutung	304
C. Das Unternehmen	306
I. Begriff	306
II. Bedeutung	306
§ 23. Sache, Bestandteil, Zubehör und Nutzungen	
A. Die Sachen	307
I. Begriff und Abgrenzung	307
II. Arten	308
1. Unbewegliche und bewegliche Sachen	308
2. Vertretbare Sachen und Gattungssachen	308
3. Verbrauchbare Sachen	309
4. Teilbare Sachen	309
B. Einzelsache und Sachgesamtheit	309
C. Die Bestandteile	310

I. Begriff	310
II. Arten	310
1. Die allgemeine Regelung für wesentliche Bestandteile (§ 93 BGB) ..	310
2. Die Regelung für Grundstücke (§§ 94–96 BGB)	311
III. Rechtliche und wirtschaftliche Bedeutung	312
1. Rechtliche Bedeutung	312
2. Wirtschaftliche Bedeutung	312
D. Das Zubehör	312
I. Begriff	313
1. Selbstständige bewegliche Sache	313
2. Funktioneller Zusammenhang	313
3. Räumlicher Zusammenhang	313
4. Vorrang der Verkehrsauffassung	313
II. Rechtliche Bedeutung	314
E. Nutzungen, Früchte und Lasten	314
I. Begriffe	314
II. Bedeutung	315
§ 24. Digitale Produkte	316
A. Begriff und Beispiele	316
B. Vertragsrechtliche Regelungen	316
Anhang. Technik der Fallbearbeitung	318
A. Vorbereitung der Niederschrift	318
I. Regel Nr. 1: Den Fall gründlich durchlesen!	318
II. Regel Nr. 2: Genau auf die Fragestellung achten!	318
III. Regel Nr. 3: Eine Skizze anfertigen!	319
IV. Regel Nr. 4: In Ruhe überlegen!	319
V. Regel Nr. 5: Ein Lösungskonzept entwickeln!	319
VI. Regel Nr. 6: Ausreichend Zeit für die Niederschrift der Lösung reservieren!	319
B. Aufbau und Gestaltung der Niederschrift	320
I. Regel Nr. 7: Sich um einen systematischen Aufbau bemühen!	320
II. Regel Nr. 8: Jede Anspruchsgrundlage systematisch durchprüfen! ..	320
III. Regel Nr. 9: Nach weiteren Anspruchsgrundlagen Ausschau halten! .	321
IV. Regel Nr. 10: Das Wesentliche vom Unwesentlichen unterscheiden!	321
V. Regel Nr. 11: Im „Gutachtenstil“ schreiben!	322
VI. Regel Nr. 12: Rechtsnormen vollständig zitieren!	322
VII. Regel Nr. 13: Sich um einen klaren und knappen Ausdruck bemühen!	322
VIII. Regel Nr. 14: Das Ergebnis kontrollieren!	323
C. Muster eines Falles mit Lösung	323
 Sachverzeichnis	 327

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG